

Brasilien Aktuell 2013



Aktivitäten des Arbeitskreises - Neues von Mercedes und BASF - Mobilisierung der Gewerkschaften in Brasilien und Deutschland - Medien und Opposition - Jugendaustausch - Internationaler Frauentag - Landlosenbewegung MST - Genossenschaften UNISOL - Fußball WM 2014 - Reiseeindrücke

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

Was machte der Arbeitskreis im letzten Jahr?

Wie immer versammelten sich die Mitglieder des AK etwa einmal im Monat in einer der Wohnungen, um sich die neuesten Aspekte der Situation in Brasilien mitzuteilen. Neue Leute sind dabei immer willkommen.

Information Die ständige gegenseitige Information wurde lebhaft weitergeführt. Ereignisse in den Betrieben und im gewerkschaftlichen Leben waren so immer schnell präsent und konnten weitergegeben und verwertet werden. In einer neuen Form kommunizieren die Chemiker von der BASF miteinander: Sie haben mehrmals Videokonferenzen durchgeführt, um die wichtigsten Entwicklungen, aber auch mögliche Aktivitäten hier und dort zu besprechen.

Bei Gewerkschaftsseminaren Mitglieder des AK haben seit einigen Jahren die Möglichkeit, innerhalb der IGMetall Mannheim, neuerdings auch im Bezirk Neustadt, bei Seminaren für Mitglieder und für Vertrauensleute über die Erfahrungen internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit zu berichten. Dies geschah auch im Seniorenkreis. Auch bei der BASF wurde einem Vertrauensleutkreis an einem Vormittag diese Arbeit vorgestellt.



beim IGMetall-Seminar in Hertlingshausen

Per elektronischer Post werden interessierten Teilnehmern an diesen Seminaren und auch Gewerkschaftern aus anderen Mercedes-Betrieben in Deutschland (Daimler Koordination) in ziemlicher Regelmäßigkeit neuere Nachrichten aus Brasilien zugeschickt.

1. Mai Broschüre und Stand Wie jedes Jahr gestaltete der AK am 1. Mai auf dem Mannheimer Marktplatz einen Infostand mit neuen Fotowänden. Dabei wurde auch die neueste 1. Mai Broschüre - „Brasilien aktuell“ verteilt. Dieselbe fand bei allerlei Veranstaltungen in Mannheim und anderswo reges Interesse.

Kurzarbeit Gemeinsame Reflexion passierte zum Thema „Kurzarbeit“. Im September war eine Delegation aus verschiedenen Gewerkschaftszentralen Brasiliens in Deutschland zu Besuch, um sich über diese Form der Arbeitszeitregelung in Krisenzeiten zu informieren. Im Anschluss daran sammelte der

AK Beispiele von konkreten Erfahrungen mit der Kurzarbeit und sandte sie übersetzt an die Freunde dort.

Teilnahme an Treffen Mitglieder des AK nahmen an verschiedenen Seminaren teil. Im Juni in Frankfurt, wo sich MetallerInnen aus Brasilien und Deutschland um ein besseres Verständnis der Mitbestimmung bemühten (s.Seite 7).

Im Dezember in Leipzig mit dem Runden Tisch. Hier war das Thema die Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien. (s.Seite 14)

Solidarität Briefe sandten wir zu den Lohnkämpfen in Sao Bernardo und Juiz de Fora. Die brasilianischen MetallkollegInnen schickten uns zur Tarifrunde 2012 eine Solidaritätserklärung, die der AK an die VKL im Benz-Werk Mannheim weiterleitete. Diese wurde dann bei den Warnstreiks der versammelten Belegschaft vorgelesen. Finanziell unterstützten wir die Landlosenbewegung MST in einer Auseinandersetzung in Felisburgo: Protestaktion zum Prozess gegen den Mörder des Massakers von 2004.

Veranstaltungen: in Mannheim wurde 2012 im Rahmen des Katholikentages eine Informationsrunde über die Möglichkeiten internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit organisiert. Innerhalb des Festival Latino gab es Veranstaltungen mit Gästen aus Venezuela (Kooperativen) und Chile (Studentenproteste). Innerhalb der Lateinamerika Wochen 2013 fand am 25. April im Technoseum eine Veranstaltung mit dem Brasilianer Valter Sanches statt. Thema „Sich nicht ausspielen lassen“. Im Mai 2013 diskutieren wir die Fußballweltmeisterschaft 2014, mit Unterstützung von KOBRA (Kooperation Brasilien).

Besuche erhielten wir von Valter Sanches im September. Im selben Monat fuhren Kollegen aus dem LKW – Werk in Würth zu einer Begegnung ihrer „Schwesterwerke“ in Sao Bernardo und Juiz de Fora, wo ebenfalls LKWs hergestellt werden.

Der AK wird seine Arbeit engagiert fortsetzen!

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

klimaneutral
natureOffice.com | DE-291-965025
gedruckt 

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich

Kontaktadressen:
Angela Hidding, Langstr.11–13, 68169 Mannheim
Tel. 0621 35 973
Fritz Hofmann, Sedanstr.22, 67063 Ludwigshafen
Tel. 0621 69 98 61

Erfolgreiche Kämpfe bei Mercedes in Brasilien

(Diese Nachrichten sind der Gewerkschaftszeitung „Tribuna Metalurgica“ entnommen)

Sao Bernardo: Massentlassungen verhindert

2012 war ein Jahr mit starkem Auftragsrückgang für die LKW-Bauer, auch in Brasilien bei Mercedes Benz in Sao Bernardo. In der Mitte des Jahres waren 1.500 Leute zu viel. Die Werksleitung sprach von Entlassungen. Diese konnten jedoch durch Mobilisierung der Belegschaft und Verhandlungen mit Fabrikkommission und Gewerkschaft verhindert werden. Die KollegInnen wurden ins „Lay off“ geschickt, d. h.: von der Arbeit befreit, erhielten sie aus staatlichen und betrieblichen Quellen ihren normalen Nettolohn weiter und mussten an beruflicher Fortbildung teilnehmen.

Zu Beginn dieses Jahres 2013 gingen die Aufträge wieder nach oben. Am 28. Januar waren alle 1.500 suspendierten ArbeiterInnen wieder im Betrieb! Und die mit befristeten Verträgen eingestellten KollegInnen erhalten einen Festvertrag. Am 7. März wurde die Festübernahme der 484 KollegInnen in einer großen Versammlung vor dem Tor bekanntgegeben. Aus den Stimmen nach der Veranstaltung: „Ich habe große Angst gehabt in der Zeit der Entlassungen“, sagte Beatriz de Cervantes aus dem Motorenbau. „Ich wollte arbeiten. Und jetzt kann ich das. Ich bin sehr glücklich“.

Die im Handelsblatt angekündigten Entlassungen im Angestellten- und indirekten Bereich, wobei Brasilien mit 800 Plätzen betroffen wäre, waren in Brasilien bereits bekannt. Seit Januar läuft hier ein PDV (Programm Freiwilligen Ausscheidens). Die Abfindung beträgt zwischen 4 und 6 Monatslöhnen. Am 28. März endete die zweite Periode. Die erreichten Zahlen sind noch nicht bekannt. Was die Werkleitung macht, wenn es nicht genügend Interessenten gab, auch nicht.

Im Augenblick wollen die KollegInnen mit der Werkleitung vor allem über die Zukunft der Fabrik diskutieren. Die hält sich diesbezüglich ziemlich bedeckt, was Investitionen und neue Produkte betrifft.

Unter dem Stichwort „Inovar Auto“ („das Auto erfinden/erneuern“) hat die Regierung durch den Druck gewerkschaftlicher Mobilisierung Regelungen getroffen, die die Produktion von Autos in Brasilien fördern. Vor allem bezieht sich das auf die Erhöhung der Produktionsanteile aus inländi-

schen Fabriken. So werden mehr Motoren in Sao Bernardo für die LKWs in Juiz de Fora angefertigt. Die Zunahme von Aufträgen insgesamt führt dazu, dass in Juiz de Fora 140 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Juiz de Fora: Rosenmontag arbeitsfrei

Im früheren PKW- Werk werden ab 2012 auch LKWs gebaut. In dem hochmodernen und durchrationalisierten Werk wird der Actros und der Leicht-LKW Accelo für den lateinamerikanischen Markt produziert. In der Auseinandersetzung um Lohnerhöhungen und Ergebnisbeteiligung wurden durch Mobilisierung zufriedenstellende Ergebnisse erzielt. Dabei machte sich die überaus gute gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit den Kollegen in Sao Bernardo bezahlt. Im Februar gab es einen Streit um den 1. Februar (Rosenmontag): arbeitsfreier Tag mit oder ohne Nachholschicht. Die Belegschaft lehnte in einer geheimen Abstimmung vor dem Werkstor den Vorschlag der Werkleitung ab.



Campinas

Sehr gute Ergebnisbeteiligung erstrickt

Von dem früheren Omnibus-Werk (Mitte der 90er Jahre geschlossen) sind ein zentrales Ersatzteillaager und eine kleine Abteilung von Tauschmotorenfertigung übrig geblieben. Die Belegschaft ist von damals 4 000 auf etwa 500 heute geschrumpft. In einer kämpferischen Auseinandersetzung mit mehreren Wochen Streik im Monat Juli konnte ein hervorragendes Resultat in der Ergebnisbeteiligung erreicht werden: Am 8. August verkündete das Arbeitsgericht die Rechtmäßigkeit des Streiks, verpflichtet die Firma zur Auszahlung der Ergebnisbeteiligung von 9 500 Reais (3.615 Euro), und es gab eine Arbeitsplatzgarantie von 90 Tagen.

Standort Paulínia:

Shell und BASF zahlen endlich Entschädigung

Langjährige Auseinandersetzung um Kontamination mit Chemikalien geht zu Ende

Nach mehr als zehn Jahren Auseinandersetzung um eine Entschädigung für die Kontamination mit Pestiziden hatten BASF und Shell die Angelegenheit bis vor das höchste Arbeitsgericht (TST) getrieben. Dem Schlichterspruch des TST stimmten jetzt die Firmen und die geschädigten Arbeiter und ihre Familien zu.

Die vereinbarten Entschädigungszahlungen sind die höchsten bislang in Brasilien vereinbarten: die Konzerne BASF und Shell leisten eine Kollektiventschädigung in Höhe von 200 Millionen Real (78,5 Mio. Euro). Davon werden 50 Millionen Real für den Bau einer Geburtsklinik in der Gemeinde Paulínia verwendet. Weitere 150 Mio. Real erhalten zwei arbeitsmedizinische Forschungsinstitute, die damit auch Forschungen auf dem Gebiet der Vergiftung durch Chemikalien am Arbeitsplatz vertiefen sollen.



“Betroffene und Gewerkschaft demonstrieren gemeinsam vor dem Gericht bei einer der zahlreichen Gerichtsverhandlungen”

Dazu kommt eine individuelle Entschädigung für 1068 betroffene ehemalige Beschäftigte und ihre Familien in Höhe von durchschnittlich 360 000 Real (141.000 Euro), gestaffelt insbesondere nach der Beschäftigungsdauer.

Der dritte Teil des ausgehandelten Entschädigungspakets ist besonders wichtig: die beiden Konzerne werden lebenslang für die Betroffenen und ihre Familien die kostenlose medizinische Versorgung sicherstellen.

Die Vorgeschichte

Shell und BASF sind die früheren Eigentümer des Chemiewerks in Paulínia im Bundesstaat São Paulo. Dort wurden bis 2002 Pflanzenschutzmittel für die Landwirtschaft hergestellt. Die Pestizidfabrik gehörte in den 70er Jahren zu Shell. Der US-Konzern American Cyanamid erwarb das Werk 1995. Im Jahr 2000 übernahm die BASF die Fabrik und schloss sie bald darauf. Ein Weiterbetrieb wurde auch behördlich untersagt.

Arbeiter und Anwohner beklagten, sie seien durch die hergestellten Chemikalien vergiftet worden und das Grundwasser sei verseucht. Es ist mit krebserregenden Stoffen verunreinigt. Nach Angaben der Betroffenenorganisation kam es bislang zu 61 Todesfällen sowie zu schweren Krebs-, Herz- und Kreislauf- und anderen Erkrankungen. In dem Werk wurden hochgiftige Stoffe wie Aldrin, Endrin und Dieldrin hergestellt. Die im Erdreich gefundenen Aldrin-Werte überstiegen die Richtwerte um das bis zu 860fache.

Aldrin ist seit 2004 weltweit verboten, es wurde gegen Termiten und Heuschrecken eingesetzt. Die hauptsächlichen Vergiftungen und Verunreinigungen geschahen wohl unter der Verantwortung von Shell und Cyanamid. Dennoch war die BASF als letzter Besitzer und letzter Arbeitgeber mit in der Verantwortung. Eine Kostenaufteilung zwischen BASF und Shell wurde vor Gericht bereits geregelt.

Bemerkenswerter Erfolg

Bereits in den Vorinstanzen waren die beiden Konzerne zu hohen Strafen verurteilt worden. Erst als in der letzten Instanz ebenfalls eine Verurteilung drohte, kam es zu wirklichen Verhandlungen, deren Ergebnis als ein Erfolg für die Arbeiter und ihre Familien gesehen werden kann.

Bemerkenswert ist nicht nur die gesamte Höhe der Entschädigungssummen. Wichtig ist auch die damit anerkannte Anzahl von 1068 Betroffenen. Denn damit wurde erreicht, dass nicht nur die ehemals fest Beschäftigten, sondern auch Fremdfirmenmitarbeiter, die auf dem Werksgelände waren, entschädigt werden. Und auch nachgeborene Kinder werden in die medizinische Betreuung einbezogen.

Außerdem ist wichtig: Entschädigung und medizinische Versorgung erfolgen, ohne dass im Einzelfall nachgewiesen werden muss, dass eine Krankheit direkte Folge einer bestimmten Chemikalie ist. Denn die genannten Pestizide können ein ganzes Bündel verschiedenster Krankheiten auslösen. Die getroffene pauschale Regelung erspart den Menschen den zermürbenden Streit mit zwei mächtigen Konzernen darüber, ob eine auftretende Krankheit unmittelbar von einem bestimmten Pestizid herrührt. Ein enormer Erfolg.

Rolle der Gewerkschaft anfangs umstritten

Der Vorsitzende der lokalen Chemiegewerkschaft, Arlei Medeiros, erklärte im Interview, dass sie sich von Anfang an für den Schutz der Gesundheit und gegen den Weiterbetrieb der Anlage ausgespro-

chen haben. Die Beschäftigten hätten die Gewerkschaft deshalb anfangs für den Verlust der Arbeitsplätze verantwortlich gemacht. Und deshalb die Gewerkschaft verlassen. Heute aber, nachdem die Gewerkschaft den langen Kampf um die Entschädigung immer unterstützt hat, sind die Betroffenen wieder auf Seiten der Gewerkschaft. „Unsere klare Haltung hat sich gelohnt. David kann gegen Goliath gewinnen“.

Quellen:

Portal amerika21.de vom 16. März 2013 „BASF und Shell akzeptieren Millionenentschädigung“
www.vermelho.org.br, 18.03.2013, „Shell/BASF aceitam acordo e pagamento por contaminação no trabalho“

BASF Demarchi:

Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden verkürzt

Die Gewerkschaft der Chemiebeschäftigten des ABC kann einen weiteren Erfolg verzeichnen: im Werk Demarchi der BASF gilt ab 1. Januar 2013 für etwa 600 Beschäftigte jetzt eine 39 Stunden-Woche. Der überwiegende Teil der Produktion, der Laborbeschäftigten, der Logistik kann die Arbeitszeit damit verkürzen.



„Beschäftigte von BASF Demarchi stimmen auf einer Versammlung vor dem Werkstor über die Verhandlungsergebnisse ab, die ihnen die Gewerkschaft erläutert hat“

Vor zwei Jahren konnte für einen kleineren Teil der Beschäftigten bereits eine 36,5-Stunden-Woche eingeführt werden: u. a. für eine Produktionseinheit und für die Feuerwehr.

Nach der jetzigen Neuregelung ist es nur noch der Verwaltungsbereich, für den wie bisher die 42-Stunden-Woche gilt. Gewerkschafter Fabio Lins sagt: „Selbstverständlich wird der bisherige Lohn auch bei der verkürzten Arbeitszeit weiter bezahlt“. Für die Gewerkschaft ist dieses neue Abkommen ein weiterer wichtiger Baustein im Kampf um Arbeitszeitverkürzungen. Im Pharma-Bereich konnte bereits flächendeckend eine 40-Stundenwoche eingeführt werden. Der Dachverband CUT kämpft seit Jahren um die Einführung einer allgemeinen 40-Stundenwoche für alle Branchen.

Schulungen über gewerkschaftliche Zusammenarbeit

Bereits in der zweiten Runde befindet sich ein bemerkenswertes gewerkschaftliches Bildungsprojekt: eine Schulungsmaßnahme über den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke und übergreifender gewerkschaftlicher Zusammenarbeit.

Wie bereits im letzten Jahr wird man in fünf Abschnitten Kolleginnen und Kollegen aus elf verschiedenen Metall- und Chemiebetrieben ausbilden. Die Themenpalette reicht vom Thema Globalisierung bis zur Tarifpolitik, aber Hauptthema ist die Zusammenarbeit verschiedener Standorte, der Aufbau von Netzwerken über Länder und Kontinente hinweg. Die Teilnehmer kommen alle aus international agierenden Firmen, in denen man in der nächsten Zeit solche Netzwerke gewerkschaftlicher Zusammenarbeit aufbauen will.

Das brasilianische Gewerkschaftsmodell unterscheidet sich sehr stark vom deutschen. Es gibt dort überwiegend lokale Gewerkschaften. Ein Konzern mit acht Standorten im ganzen Land hat unter Umständen acht verschiedene Gewerkschaften. Und jede hat eine unterschiedliche Arbeitsweise und Kultur. Deshalb ist die Zusammenarbeit innerhalb Brasiliens schon die erste Herausforderung, die sich für die angestrebten konzernweiten Netzwerke stellt. Und danach kommt als zweite große Herausforderung die internationale Zusammenarbeit über Länder- und Sprachgrenzen hinweg.

Das Bemerkenswerte an dieser Schulung sind auch die Partner, die dieses Projekt durchführen: es handelt sich um CNQ-CUT (Zusammenschluss der Chemiegewerkschaften im Dachverband CUT), um CNM-CUT (die Metaller in CUT), um IOS (ein gewerkschaftsnahes Forschungsinstitut) und um das Bildungswerk des DGB Deutschland. Ein positives Beispiel internationaler Zusammenarbeit!

50 000 demonstrierten in Brasilia

Soziale Bewegungen und die wichtigsten Gewerkschaftszentralen (CUT, Força Sindical u.a.) hatten am 6. März zu einer Demo nach Brasilia aufgerufen.

50 000 Menschen kamen. Es war auch der Versuch, der vor kurzem wiedergewählten Präsidentin Dilma zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit nochmals klar zu machen, was die Arbeiterklasse von ihr fordert. Denn sie wurde ja Präsidentin, weil die Gewerkschaften massiv zu ihrer Wahl aufgerufen hatten. Also ist es nur recht und billig, nochmals an wichtige Forderungen zu erinnern. Und es war die Absicht, eine Stärkung des Binnenmarktes und mehr öffentliche Investitionen zu fordern. Ungeplant wurde der Demonstrationzug auch zu einer Hommage an Hugo Chavez, den venezolanischen Präsidenten. Denn dessen Tod war am Vortag bekannt gegeben worden.

Die Forderungen, die die Demonstranten erhoben, waren:

40-Stundenwoche ohne Lohnverlust

**Keine Renteneinschnitte, Unterstützung für Rentner
Gleiche Chancen und gleiche Löhne für Männer und Frauen**

10% des Bundeshaushalts für Gesundheitsmaßnahmen

10% des Bruttosozialprodukts für Erziehung und Bildung

Ratifizierung der ILO-Konventionen 151 (Gewerkschaftsfreiheit auch für Staatsangestellte) und 158 (Kündigungsschutz)

Agrarreform und Unterstützung bäuerlicher Landwirtschaft

Regierung ist gesprächsbereit

Die Regierung unter Präsidentin Dilma hat sich inzwischen gesprächsbereit erklärt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, Vagner Freitas, erklärte: man werde mit der Regierung in Gespräche über die Einführung einer 40-Stundenwoche ohne Lohnverlust

eintreten. Auch über weitere Themen werde es Verhandlungen geben, so etwa über den umstrittenen Rentenanpassungsfaktor, der zu verminderten Renten führt. Die Präsidentin stimme ihm auch zu, dass mangelnder Kündigungsschutz zu einer Rotation der Arbeitskräfte führt, die letzten Endes dem Land schadet.

Nach Meinung der Gewerkschafter von CUT ist damit klar, dass der Marsch nach Brasilia ein Erfolg war. Man habe durch diese Demonstration eindeutig den Weg zu Verhandlungen mit der Regierung frei gemacht.



Weiterer politischer Druck

Die Gewerkschaftsdachverbände wollen trotz Verhandlungszusagen den Druck auf Regierung und Parlament aufrechterhalten. Für den 18. April war ein nationaler Aktionstag geplant. Jede Gewerkschaft sollte sich vor Ort die geeigneten Aktionsformen wählen, z. B. Streiks und Demonstrationen. Im Mittelpunkt stand erneut die Forderung nach der Einführung der gesetzlichen 40-Stundenwoche ohne Lohnverlust. Man wird sich also weiterhin nicht auf die bloße Zusage von Verhandlungen verlassen, sondern das Ganze weiterhin mit Aktionen unterstützen. Die nächsten großen Aktionen werden dann die Kundgebungen am 1. Mai sein.

Neues Gesetz für Hausangestellte

Am Dienstag, 3. April, 2013 trat in Brasilien ein neues Gesetz für die Hausangestellten in Kraft. Es sichert dieser Berufsgruppe, die etwa 7 Millionen Frauen umfasst, die gleichen Rechte zu wie anderen Berufsgruppen. Das heißt: eine wöchentliche Arbeitszeit von 44 Stunden und höchstens 8 Stunden pro Tag, bezahlte Überstunden und einen besseren Kündigungsschutz. Das Gesetz beendet die Tradition, Angestellte als Privatsache zu betrachten. Durch diese Verfassungsänderung passt Brasilien die Gesetzgebung an die Forderungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) an. Diese lobt entsprechend die Entscheidung der brasilianischen Regierung und stellt sie anderen Ländern als Vorbild hin.

Das neue Gesetz gilt allerdings nur für Frauen, die einen Arbeitsvertrag haben. 30 Prozent aller Hausangestellten arbeiten als Selbständige. Aber auch sie werden indirekt von dem neuen Gesetz profitieren. Denn der Bedarf an Hausangestellten steigt, das Angebot sinkt. Demnach könnten auch für sie die Löhne steigen.

Quelle: TAZ, vom 3. 4. 2013

Brasilianische MetallarbeiterInnen und GewerkschafterInnen bei Seminaren in Deutschland

Zweimal reisten Gruppen von BrasilianerInnen im letzten Jahr nach Deutschland, um an Seminaren der IGMetall teilzunehmen.

Juni 2012 in Frankfurt

Im Juni kamen 35 ArbeiterInnen aus Metallbetrieben, die in Deutschland ihre Zentralen haben (Thyssen Krupp, Stihl, Mannesmann, LG, Mercedes, ZF, Continental, VW, Schäffler, Voith, Leoni). Sie wurden begleitet von Gewerkschaftsleitern. Sie konnten zuerst einige Betriebe besichtigen, z. B. Thyssen in Duisburg, Mercedes in Sindelfingen. Danach nahmen sie an zwei Tagen an einem Seminar in Frankfurt teil, das von der IGMetall und der CNM/CUT in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert- und der Hans-Böckler-Stiftung organisiert war. Dann hatten sie noch einen Tag zur Verfügung, um in Frankfurt die IGMetall Zentrale kennen zu lernen.

Zu dem Seminar waren auch etwa 60 KollegInnen aus Deutschland angereist, darunter 5 aus Mercedes Werken, die sich mit den 4 BrasilianerInnen zum Gruppenfoto aufbauten.



Inhaltlich ging es darum, sich gegenseitig mit Hilfe von Experten aus beiden Ländern über die politische und wirtschaftliche Situation zu informieren. Interessant für die Europäer zu hören, dass die Bewältigung der Krise der letzten Jahre in Brasilien eher gelungen zu sein scheint. Dabei spielt es eine ganz wichtige Rolle, dass die brasilianische Regierung aktiv eingegriffen hat durch eine stärkere Betonung des Binnenmarktes und ein bessere Kontrolle der Finanzwelt.

Die aufstrebende Großmacht Brasilien trat auch im Bereich der internationalen Solidarität selbstbewusst auf. Ein ZF – Mitarbeiter und Gewerkschafter machte deutlich, dass die internationale Solidarität schon längst keine Einbahnstraße ist. Mittlerweile setzten sich auch brasilianische Kollegen für die deutschen Standorte ein.

Die Rolle der Mitbestimmung in Deutschland wurde als mögliches Vorbild für Brasilien dargestellt. Bedeutsam auch die Internationalen Rahmenvereinbarungen (IFAS). Sie haben in den Werken in

Brasilien immer dann Erfolg, wenn es dort eine lebendige Gewerkschaft gibt, die damit arbeiten kann.

Dezember 2012 in Berlin

10 Gewerkschafter aus den oberen Rängen nahmen an dem großen Kongress „Kurswechsel“ der IGMetall in Berlin teil. Sie waren nicht nur zuhörende Teilnehmer, sie waren auch auf Podien aktiv. Herausragend war auch die große Rede vom ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden und Staatspräsidenten Ignacio Lula da Silva. Eine der wesentlichen Aussagen von Lula beeindruckte nicht nur die Anwesenden: „Die Sparpolitik ist nicht die richtige Medizin für die Krise“.

Die brasilianische Delegation kam also nicht nur, um in der alten Welt zu lernen. Sie hatten aus ihren letzten Erfahrungen einiges an Vorschlägen im Gepäck. Schon vor der Reise ist in einem Artikel zu lesen: „Während die wirtschaftliche Krise Europa in die Rezession taucht und die Regierungen dort auf Sparwirtschaft setzen, Arbeitsplätze, Löhne und Errungenschaften der Arbeiter reduzieren, setzt man hier auf wirtschaftliche Expansion und auf die Reduzierung der sozialen Ungleichheit“. (Valter Sanches am 4. Dezember)

Brasilianische Delegation informiert sich Kurzarbeit – auch eine Lösung für Brasilien ?

Auch in Brasilien leidet die Wirtschaft unter starken Produktschwankungen. Bislang war es in solchen Situationen üblich, dass überzähliges Personal einfach entlassen wurde. Jetzt sucht man nach neuen Wegen.

Darum waren Ende **September 2012** Vertreter mehrerer Gewerkschaftszentralen, von Arbeitgeberverbänden und der Bundesregierung in Deutschland unterwegs, um die Mechanismen zur Förderung und zum Schutz der Arbeitsplätze, wie z. B. die Kurzarbeitsregelung, das System der Arbeitsbeziehungen und das Verhandlungsmodell des Landes kennenzulernen.

Sie trafen Gewerkschaftsvorstände der IGMetall, den Staatssekretär und Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit, Geschäftsführer des Unternehmens Daimler und Mitglieder der Arbeitnehmervertretung.

Sehr interessant für die Brasilianer sind die politischen Maßnahmen zur Kurzarbeit. Die Erkenntnisse werden zurzeit in einer eigenen Kommission in Brasilien überprüft und es wird eine dem Land entsprechende Gesetzesvorlage erarbeitet. Die Gewerkschaften rechnen noch in diesem Frühjahr mit einem Ergebnis.

Die Rolle der Medien im Streit zwischen Regierung und Opposition

von Clóvis Zimmermann aus Salvador, Brasilien

Die Medien spielen eigentlich in Brasilien die **Hauptrolle** der politischen und konservativen Opposition zur Regierung von Dilma und haben es während der Amtszeit von Lula (2003-2010) auch gemacht. Die wichtigste konservative Opposition besteht aus 3 Parteien, nämlich DEM (Demokraten), PSDB (Partei der Brasilianischen Sozialen Demokratie) und PPS (Sozialistische Volkspartei). Auf der linken Seite ist vor allem die Partei Sozialismus und Freiheit (PsoL) zu nennen; sie hat lediglich 3 von 513 Abgeordneten des brasilianischen Parlaments.

Der konservativen Opposition waren die letzten Regierungen zu links gerichtet, eigentlich mit zu vielen Investitionen, Staatsausgaben und vor allem mit der Verbesserung der Lebensqualität der Armen verbunden. Die konservative Opposition kann ihr offizielles Wahlprogramm nicht deutlich offenbaren, da es ganz schwierig ist, dieses der Öffentlichkeit darzustellen. Deshalb scheint es, als ob die Konservativen kein richtiges Programm hätten, was natürlich nicht stimmt. Sie kann ihre Kritik an den sozialen Programmen und Investitionen der aktuellen Regierung nicht öffentlich machen, weil sie dadurch viele Wähler abschrecken wird. Die konservative Opposition setzt sich vor allem für die Senkung der Staatsausgaben, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Förderung privatwirtschaftlicher Betriebe ein.

Die **Hauptkritik der Opposition** an der Regierung Dilma ist das kleine Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Brasilien, das in 2012 um 0,9 Prozent gewachsen ist. Dies scheint das Hauptwahlprogramm der Opposition zu sein, was zu wenig ist, um eine Wahl zu gewinnen. Aécio Neves von der Partei der Brasilianischen Sozialen Demokratie, ehemaliger Gouverneur vom Bundesstaat Minas Gerais, bringt dies deutlich zum Ausdruck. Er wird wahrscheinlich als Kandidat der konservativen Opposition bei der nächsten Präsidentschaftswahl gegen Dilma antreten. Eduardo Campos, aktueller Gouverneur vom Bundesstaat Pernambuco im Nordosten von der kleinen Partei des brasilianischen Sozialismus PSB, wird wahrscheinlich auch antreten, sein Diskurs ist aber nicht gegen die Regierung von Dilma. Dilma liegt in den Meinungsumfragen deutlich vor der Konkurrenz und wenn die Wahlen jetzt stattfänden, würde sie diese im ersten Wahlgang gewinnen.

Die Medien auf der anderen Seite sprechen sich stärker gegen die sog. linke Regierung von Dilma aus. Das Thema der Korruption wird stark von den Medien thematisiert, sie sprechen vom „größten Korruptionsverbrechen der Geschichte“ wenn sie vom sog. Mensalão (dem Kauf von Abgeordneten)

reden. Doch die Medien verschweigen, dass der Mensalão kein neues Phänomen ist, sondern bereits im Jahr 1997 von der Partei des ehemaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso PSDB organisiert wurde, um eine Verfassungsreform durchzusetzen, die seine Wiederwahl erlaubte.

Hinzu kommt die Kritik der Medien an der steigenden Inflation, die wieder im Gang sei. Die Inflation stieg 6,59 Prozent in den letzten 12 Monaten. Das Problem für die Medien liegt darin, dass die brasilianische Zentralbank eine Inflationsrate von 4,5 % anstrebte, mit einer Toleranz von 2 %. Während der achtjährigen Amtszeit von Cardoso stieg die Inflationsrate auf 100,6 Prozent an. In der 8jährigen Herrschaft des ehemaligen Präsidenten Lula und der zwei Jahre von Präsidentin Dilma, lag der Preisanstieg bei 74 Prozent. *Abbild unten zeigt, dass die aktuelle Situation nicht dramatisch ist, sondern viel mehr politisch motiviert.*



Den Medien nutzte dieser Anstieg, um eine öffentliche Kampagne gegen die Regierung zu machen. Sie nutzten dafür den Preisanstieg der Tomaten, die rund 150 Prozent in diesem Jahr anstiegen. Nach der Getulio Vargas Stiftung (FGV) stieg der Preis von Tomaten von R\$ 1,50 bis zu R\$ 5,00. Laut Spezialisten hängt der Preisanstieg von der Dürre und vom Klima ab, ist also saisonbedingt. Doch TV Globo verwendete dies, um eine schamlose Kampagne gegen die Regierung zu machen, mit dem Ziel, die Leihzinsen zu steigern. Die Moderatorin Ana Maria Braga, die im Vergleichszeitraum 2007 für die rechte Bewegung "Cansei" eine Kampagne zur Amtsenthebung gegen Lula organisierte, erschien auf ihrer morgendlichen Show "mit einer Halskette aus Tomaten". Sie scherzte, dass das Produkt ein "Juwel" und eine neue Gefahr im Spiel sei, darunter die Drohung der Inflation, die das Land ins totale Chaos bringen würde.

Im Gegensatz wurden auch Kampagnen gegen die von der Globo initiierte Angstmachung durchgeführt.

Der Druck der Medien ist politisch aber auch von den **eigenen Interessen motiviert**. Sie zielt auf die unmittelbare nächste Sitzung des Monetary Policy Committee (COPOM) der Zentralbank. Private Banken und Milliardäre bestellten Anzeigen in Zeitungen, Zeitschriften, Radio und TV, um die Leihzinsen zu erhöhen. Einer der treuesten Verfechter dieses ökonomischen Modells ist der Chefökonom des Itau-Unibanco Ilan Goldfajn, ein ehemaliger Zentralbankpräsident der Regierung des ehemaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso. "Sie können heute den Konsum und vor allem den Arbeitsmarkt *runtersetzen*", schrieb er in einem Artikel Anfang März in der Zeitung O Estado de São Paulo. Ein weiterer Anwalt des neoliberalen Credos, Alexandre Schwartsman, verteidigt auch die Zinserhöhung durch die Zentralbank. Diese Vertreter der Medien würden

mehr Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, um die Zinsen, die dem Finanzmarkt dienen, zu erhöhen. Die **Regierung Dilma** reagierte andererseits kritisch auf diesen Vorschlag: "Es gibt viele Leute, die Beschäftigung reduzieren wollen. Es sind nicht so viele Menschen, die so etwas sagen, aber sie machen viel Lärm. Diese Leute irren sich", sagte Dilma in ihrer Rede zur Feier der niedrigen Arbeitslosenquote im Land. Man sagt, dass öffentliche Auseinandersetzungen in der Regel auch Verteilungskämpfe sind. Dies wird in Brasilien ganz deutlich. Im Grunde genommen können die Medien ihre Interessen deutlicher zum Ausdruck bringen, während es für die Opposition schwieriger ist. Die Medien müssen niemandem Rechenschaft abgeben, während die konservative Opposition die Wähler beachten muss. Deshalb wird es deutlich, dass die Medien in Brasilien die Hauptrolle der Opposition zur Regierung spielen, die konservative Opposition spielt dabei nur die Nebenrolle und versucht, ihr Überleben zu sichern.

Die großen Themen zum 1. Mai 2013

Demokratisierung der Kommunikationsmittel

Die Großveranstaltung der Metallgewerkschaft im ABC am Abend auf dem zentralen Platz in Sao Bernardo konzentriert sich auf dieses Thema.

Dazu liest man in den vorbereitenden Texten: „Unser Ziel ist es, die Diskussion in die Gesamtheit der Gesellschaft zu tragen und ihren kritischen Sinn zu wecken, damit die Bevölkerung merkt, wie die Kommunikation die Erziehung der Kinder beeinflusst, die den geschäftlichen Appellen, der Werbung für Getränke und der Gewalttätigkeit ausgesetzt sind“ So **Valter Sanches**, der Direktor für Kommunikation in der Gewerkschaft.

„Die Information ist ein fundamentales Recht, das durch unsere Verfassung garantiert ist. In der Diskussion zum Thema geht es auch um eine Demokratisierung der Mittel für die Kommunikation, eine gerechtere, ausgeglichene Verteilung dieser Mittel. Lula hatte damit etwas begonnen. In letzter Zeit aber sind Gelder für alternative Medien wieder gekürzt worden“. So der Generalsekretär der Gewerkschaft, **Wagner Freitas**.

Zu diesem Thema hat vom 8. bis 10. April 2013 auch ein Seminar stattgefunden, das sogenannte **6.ENACOM** (Encontro Nacional de **COM**unicacao = Nationales Kommunikations Treffen), organisiert von der CUT. Mehr als 100 Aktivisten aus der gewerkschaftlichen, universitären und journalistischen Welt haben dabei über die herrschende Ungerechtigkeit auf diesem Gebiet diskutiert und Gegenvorschläge erarbeitet. U.a. eine Erklärung von 30 Artikeln, für die nun Unterschriften gesammelt werden sollen. Die CUT will 500 000 einbringen. Diese Erklärung soll dann der Regierung übergeben werden. Das Motto in Sao Bernardo lautet: **Quero falar tambem – Ich will auch reden“**

Ökonomische Entwicklung und Nachhaltigkeit

In allen 18 „Ortsverwaltungen“ der CUT im Staate Sao Paulo haben sich die Mitglieder im Laufe des Monats April zu Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu diesem Thema versammelt.

Der Präsident der Gewerkschaft, **Adi dos Santos** meint in einem vorbereitenden Text: „Auf der ganzen Welt wird dieses Thema zur Zeit diskutiert, um die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und auch um den Planeten zu erhalten, um erneuerbare Energien zu verwenden und Alternativen für die fossilen Brennstoffe zu finden“

„Die Wirtschaftliche Entwicklung und die Nachhaltigkeit sind aufs engste verbunden mit dem Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter. In unserem Land mit dem augenblicklichen Wirtschaftswachstum ist die Agrarreform von größter Dringlichkeit als Alternative für die Schaffung von Beschäftigung und Einkommen und für die Produktion von Nahrungsmitteln, die die Umwelt, die Gesundheit des Arbeiters auf dem Land und des Verbrauchers in der Stadt schützen“. *Auch das zentrale 1. Mai Plakat nimmt dieses Thema auf.*



Ökonomische
Entwicklung
und
Nachhaltigkeit

Junge Generation - Internationales Projektmanagement

von Melissa Fruehling und Robert Teichmann

Im November letzten Jahres startete mit einem einwöchigen Austausch-Seminar in Brasilien das Pilotprojekt „Internationales Projektmanagement – Junge Generation“. An dem insgesamt drei Jahre umfassenden Jugendprojekt zum internationalen Austausch nehmen junge GewerkschafterInnen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Deutschland teil. Im Sommer 2012 wurde dafür von der IGMetall-Jugend und IGBCE-Jugend eine Gruppe aus aktiven GewerkschafterInnen der Stahl-, Automobil- und Chemieindustrie gebildet. Das Ziel des Projekts liegt in der Förderung und Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit sowie der Bildung von internationalen Unternehmensnetzwerken. Neben der IGM wird es finanziell unterstützt vom neuen Dachverband IndustriALL und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das erste Treffen in Brasilien brachte 40 junge Menschen aus Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay, Chile, Kolumbien, Peru, Nicaragua und Deutschland zusammen.

Während der 5 Tage vor Ort haben sich die TeilnehmerInnen über betriebliche Erfahrungen und Informationen und über die Arbeitspraktiken in diesen Ländern ausgetauscht und sich intensiv mit den brasilianischen Gewerkschaften, ihrer Struktur und ihren Arbeitskämpfen auseinandergesetzt. Sie besuchten eine chemische Industrie in Cubatao, eine Belegschaftsversammlung bei Mercedes Benz in Sao Bernardo und lernten einen gewerkschaftlichen TV – Sender kennen.



Erreicht werden soll dies, neben dem Erfahrungsaustausch zwischen lateinamerikanischen und deutschen GewerkschaftskollegInnen, durch ein eigens organisiertes Projekt der einzelnen TeilnehmerInnen, das über den Zeitraum der drei Jahre realisiert werden soll. Die einzelnen Projekte der TeilnehmerInnen fokussieren vor allem auf die Verbesserung von Informationsflüssen und die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene innerhalb von Betriebs- und Gewerkschaftsstrukturen.

Das Pilotprojekt wird pädagogisch begleitet und es finden neben den internationalen auch mehrere

nationale Treffen statt. **Von großer Bedeutung sind hier die zwei weiteren je einwöchigen Austausch-Seminare in Argentinien im Herbst 2013 und in Deutschland im Frühjahr 2014.**

Das letzte Treffen, welches in der IG Metall Bildungsstätte Sprockhövel stattfinden wird, bildet zugleich den Projektabschluss. Durch diese Seminare kommt es, neben dem intensiven inhaltlichen Austausch über die unterschiedlichen Gewerkschaftsstrukturen in den jeweiligen Ländern, auch zum persönlichen Austausch unter den TeilnehmerInnen. Diese schätzen die Möglichkeit, einen Blick über den Tellerrand zu werfen, sich persönlich weiter entwickeln und Freundschaften schließen zu können. Auf diese Weise können sie neue Impulse für ihre Gewerkschaftsarbeit und die Umsetzung ihrer Ideen bekommen.

Im O Ton:

Leandro Soares, (Brasilien CNM/CUT): „Dieses Treffen war ein wichtiger erster Schritt zur Ausbildung junger Gewerkschafter. Wir stehen als Gewerkschaften vor großen Herausforderungen und müssen der Jugend in der Welt Perspektiven geben“

Robert Teichmann (Deutschland, IGM): „Eine meiner Erwartungen ist, neue und interessante Leute kennen zu lernen, etwas über deren Geschichte und Leben zu erfahren. [...] In diesem Projekt arbeitet man intensiv zusammen und das prägt einen natürlich. Wenn man einmal intensiv mit jemanden zusammen gearbeitet hat, hält eine Freundschaft sehr lange an.“

Lorena Chavera (Perú): „Ich lerne hier sehr viel, wirklich sehr viel. Denn in Peru gibt es so eine Gewerkschaftsbewegung wie hier in Brasilien nicht. Ich finde es toll, dass ich hier so viel Neues lerne, ich bekomme viele Ideen, was man machen kann. Das möchte ich dann nach Peru übertragen und an die Jugendlichen weitergeben, um sie anzuregen, eine starke Gewerkschaft zu gründen. [...] Es sind die Jugendlichen, die sich erheben müssen. Ich denke, dass wir das in Peru machen können. Aber es müssen die Jugendlichen sein, weil wir die neue Generation sind.“

Andrés Franzanti (Argentinien): „Ich möchte hier vieles lernen und über den Tellerrand schauen, um nicht nur über Argentinien und SMATA, sondern über internationale Gewerkschaftspolitik zu reden. Es geht darum, die Probleme in den anderen Ländern kennenzulernen, anderen die Hand zu reichen und selbst unterstützt zu werden. Wenn dieses Projekt so funktionieren wird, wie ich denke, wird sich ein Block entwickeln, der schwer aufzuhalten sein wird.“

Frauen wollen Autonomie und Gleichheit

Interview mit Marli Melo „Frauensekretariat der CNM/CUT“ von Julieth dos Santos Cavalcanti und Ergänzungen.d.R.

Sind in der Metall-Industrie besonders Frauen von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen?

Die prekären Arbeitsverhältnisse betreffen sowohl Frauen als auch Männer. Die Lage der Frauen ist jedoch etwas schlechter, da sie häufig eine schlechtere Bezahlung erhalten und unter schlechteren Bedingungen arbeiten als männliche Beschäftigte.

Wie hoch ist der durchschnittliche Frauenanteil in den Metallbetrieben?

Der Anteil von Frauen in der Metallindustrie stieg von 14,7 % im Jahre 2002 auf 18,6 % in 2012. Ende 2011 war der Durchschnittslohn für Frauen um 28 % niedriger als für Männer.

Werden auch Frauen als Facharbeiterinnen in der Metallindustrie ausgebildet?

Ja. Der Anteil ist jedoch geringer als bei den Männern. Zudem ist die Ausbildung der Frauen noch recht jung, sie begann erst Anfang der 90er Jahre.

Haben sie Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen und bekommen sie dann den gleichen Lohn?

Nein, der Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen mit besserer Bezahlung stellt für die Frauen noch immer eine Hürde dar. Damit hängen auch die unterschiedlichen Ausbildungsmöglichkeiten zwischen den Geschlechtern und die kulturell sowie historisch bedingten Vorurteile zusammen.

Wie geht es den Frauen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Diese Vereinbarkeit wird von uns als „Doppelschicht“ bezeichnet. Diese bildet sich aus der vergüteten Arbeit und der Hausarbeit heraus. Die Vermittlung der Wichtigkeit von häuslicher und familiärer Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen ist eines der Hauptaugenmerke unserer gewerkschaftlichen Arbeit.

Gibt es in den Betrieben Angebote von Kindergärten, mit entsprechender qualifizierter Betreuung?

Nein, die gibt es nicht. Auch dieser Punkt ist Thema unserer Arbeit in der CUT. Wir kämpfen für öffentliche, qualitätsreiche Kinderbetreuungsangebote, unterstützen aber auch die Klausel: Kinderbetreuungszuschlag aus den Verhandlungen mit den Firmen, denn die Kinderbetreuung ist ein grundlegendes Kinderrecht.

Einige Aktivitäten am 8. März

März - Monat der Frauen. In Brasilien wird der ganze Monat März den Problemen der Frauen gewidmet. Zu den vielfältigen Aktivitäten gehörte in diesem Jahr auch die Verteilung einer Broschüre über die Forderungen des Frauentages an den Toren der Fabriken. Bei Scania wurde diese Aktion sehr gut aufgenommen von den Arbeiterinnen.

Frauentag 2013 „Autonomie und Gleichheit“

- Entkriminalisierung u. Legalisierung der Abtreibung
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Beteiligung an der Politik u. der paritätischen Macht
- Gleichheit der Chancen und der Rechte
- Garantie der Rechte für Hausangestellte
- Ende aller Formen der Gewalt gegen Frauen
- Aufteilung der Hausarbeit und Pflege
- Öffentliche Krippen mit Qualität u. für die ganze Periode
- Gegen die Kommerzialisierung unseres Körpers und des Lebens
- Mutterschaftsurlaub von 6 Monaten für alle Arbeiterinnen, auf dem Land und in der Stadt.

Große Versammlung zum Thema Gesundheit. Mehr als 500 füllten den Saal des Gewerkschaftshauses in Diadema, um über das Thema Gesundheit zu diskutieren. Eine Psychologin konnte viel berichten über sexuelle und moralische Belästigung der Frauen bei der Arbeit. Vor allem ist auch die Straflosigkeit in diesem Bereich zu bedauern. Sie sagte auch dieses: „Die Frauen müssen die durch den Markt verhängte Diktatur der Mode und der Schönheit loswerden. Dieser Einfluss führt oft zu gesundheitlichen Schäden“.

5 000 in den Straßen von Sao Paulo Den ganzen Tag über besetzten Frauen aus den Städten und vom Lande die Straßen von Sao Paulo. „Die Frauen tun das, um mehr Demokratie, mehr Freiheit und Autonomie zu fordern“ sagte Rosana Silva, die Frauensekretärin der CUT. Gegen alle Art von Gewalt, für die Agrarreform, gegen die Verfolgung der Arbeiterinnen auf dem Land waren einige ihrer Parolen.



Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Das ist immer noch ein zentrales Thema. Auch die Gewerkschaft hat sich am 8. März einer Kampagne angeschlossen, die von der UNO lanciert wurde. Führende Gewerkschafter zeigen sich mit dem Plakat: „Homen de verdade nao bate em mulher“
„Ein wirklicher Mann schlägt nicht auf die Frau“

Wir wollen nicht gleich sein, sondern wir wollen gleich behandelt werden! (Denora do Carmo)

Genossenschaften im Aufwind

Aus einem Beitrag von Arildo Mota Lopes, dem Präsidenten von UNISOL, und deren Zeitung

Die Zentrale der Genossenschaften und Solidarischen Unternehmen - UNISOL Brasilien - besteht aus Unternehmen unterschiedlicher Sektoren von kleinen Gruppen und Vereinigungen bis hin zu großen selbstverwalteten Betrieben. Im Augenblick gibt es **800 Genossenschaften** und selbstverwaltete Unternehmen, die der Zentrale angeschlossen sind oder dabei sind, sich anzuschließen, über die 27 Staaten Brasiliens verteilt. Insgesamt sind darin 65.000 Menschen beschäftigt. Das erwirtschaftete Ergebnis betrug 2,5 Milliarden RS im Jahre 2011.

Zu den **Produktionssektoren** gehören: Familienlandwirtschaft, industrielle Landwirtschaft, Konfektion, Handwerk, Dienstleistungen, Recycling, Metallurgie, Textil und Plastik. Wir haben als Zielsetzung, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Alternativen zur Schaffung von Beschäftigung, Einkommen und sozialer Entwicklung mithilfe von Genossenschaften und selbstverwalteten Unternehmen suchen, zu organisieren und zu stärken.

UNISOL ist in allen Staaten tätig und hat auf diese Weise den Unternehmen Unterstützung geleistet auf den Gebieten: Handel, Recht, Buchhaltung, Finanzen, Projekte, technologische Erneuerung, Partnerschaften mit der öffentlichen und mit Privatunternehmen, technische Unterstützung und Begleitung. Darüber hinaus wurden Kurse abgehalten zur Bildung der genossenschaftlichen Arbeiterinnen und Arbeiter im Hinblick auf die Stärkung und Festigung einer wirtschaftlichen und sozialen Alternative.



Die Partnerschaft und die **Beziehungen gewerkschaftlicher Kooperation** mit UNISOL ergaben den Beginn der Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Zentralen in Spanien (den CCOO) und Italien (CGIL und CISL). 1998 führte die Übereinkunft der direkten Zusammenarbeit mit der Metallgewerkschaft im ABC zu der Bildung von UNISOL Sao Paulo. Damals hat man versucht, Unternehmen der Solidarischen Ökonomie vom praktizierten Genossenschaftsdenken her mit den Prinzipien der Selbstverwaltung ins Leben zu rufen. Das war die gefundene Form in der großen kapitalistische Krise, die das Land heimsuchte. Außer den Metallern vom ABC haben in diesem Prozess auch die Gewerkschaft der Chemiker im ABC und die Metaller aus Salto und Soracaba geholfen.

In diesem Kontext **hat die CUT eine fundamentale Rolle gespielt**, um die im damaligen Augenblick noch sehr embryonalen Erfahrungen nach vorne zu bringen. Aber es war notwendig, die im ABC sicheren Dinge anderen Regionen des Landes zu präsentieren. Diese brauchten auch Unterstützung für Bildung,

Betriebsführung, im rechtlichen Bereich, technische Unterstützung, Pläne für Verhandlungen, wirtschaftliche Lebensfähigkeit, damit die Arbeiter sich in Genossenschaften organisierten und ihre Arbeitsplätze behielten, und auch die Fabriken kurz vor der Pleite zu orientieren. In diesem historischen Moment der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit und der Unterstützung der nationalen und internationalen Partner und der Unternehmen der Solidarischen Ökonomie ist **UNISOL Brasilien im Jahre 2004** entstanden, gleichsam als ein Sprachrohr und politischer Ausdruck der solidarischen Unternehmen und der authentischen Genossenschaften. Da waren die Solidarität, die Einheit der Anstrengungen und die Prinzipien und Werte der Arbeiterklasse und die Vereinigung der verschiedenen Unternehmen auf dem Land und in der Stadt zentral.

UNISOL Brasilien versucht, die **Partnerschaften** auf der institutionellen Ebene mit den Organisationen der nationalen und internationalen gewerkschaftlichen Vertretungen zu festigen mit dem Ziel, den Genossenschaftsgedanken und die Solidarische Ökonomie zu stärken, damit sie die Prinzipien der Solidarität, der Selbstverwaltung, der kollektiven Entscheidungsfindung, der Fortbildung der Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit beherzigen. Wir bekräftigen unser Engagement und unseren Kampf mit der CUT, den Gewerkschaften, den Unterabteilungen der CUT, die die Thematik der Solidarischen Ökonomie und die Forderungen des Kampfes der Arbeiterklasse verteidigen.

Der große Kongress 2012

Die Bedeutung des Wachstums des Genossenschaftswesens wurde auch bei der großen Versammlung im November 2012 deutlich. Vom 21.- 23. November versammelten sich 1 000 Menschen zum Nationalen Seminar und zum 3. Kongress von UNISOL. Davon waren 500 Delegierte aus den verschiedenen Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben. Weiterhin kamen Vertreter aus der Politik, der Gewerkschaft, anderen sozialen Bewegungen. Auch von anderen Ländern waren viele Aktivisten anwesend. In der Zeitung von UNISOL, die nach dem Treffen erschien, ist zu lesen: *„Dieses Ereignis hat uns erlaubt zu sagen, dass die Arbeiter, die manchmal draußen waren und sich aus der sogenannten Arbeitswelt ausgeschlossen fühlten, jetzt teilnehmen und helfen, einen historischen Moment aufzubauen und die Solidarische Ökonomie immer stärker und anerkannter zu machen. Unsere Genossenschaften waren mit 500 Delegierten auf dem 3. Kongress vertreten. Die Zahlen belegen, dass wir in 8 Jahren gewachsen sind. Das bringt uns große Zufriedenheit durch die Anerkennung, die wir jedes Jahr weiter erhalten“*

Die „Neue Agrarreform“ der Landlosenbewegung MST

Wolfgang Hees, Amigos do MST - Deutschland

Die aktuellen Daten der brasilianischen Agrarreformbehörde INCRA für die Fortschritte der Agrarreform sind beschämend: im Jahr 2011 wurden lediglich 5.735 Familien angesiedelt, obwohl 186.000 Familien in Landbesetzungen auf die Regularisierung ihrer Situation und die Übergabe ihrer endgültigen Landbesitztitel warten. Lediglich 12,8 % der übereigneten Flächen stammen dabei aus einer echten Umverteilung, in der nicht produktiv genutzte Flächen von Großgrundbesitzern und Bodenspekulanten enteignet wurden, da sie ihre soziale Funktion nicht erfüllten. Der weit überwiegende Flächenanteil waren staatliche Landflächen und die Regulierung von strittigen Besitztiteln – und das zum größten Teil in der Amazonasregion mit ihren spezifischen Problemen (Abholzung, geringe Eignung für kleinbäuerliche Betriebe).

Die Regierung der PT unter Präsidentin Dilma Rousseff scheut die Auseinandersetzung mit dem Agrarkapital. Dies wird besonders deutlich an der Regelung, dass Flächen mit einem Entschädigungswert von über 100.000 R\$ (40.000.- €) durch die Behörde von der Enteignung ausgeschlossen wurden, wodurch die Latifundien nachhaltig geschützt werden. Auch ohne die Regelung wären aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Behörde keine großen Sprünge zu machen.



Marsch der Völker – der Marsch eines geeinten Volkes: auf einer Veranstaltung in Rio de Janeiro während der Rio + 20-Konferenz zeigte das MST seine Mobilisierungskraft

Nach der nationalen Mobilisierung durch die Jornada nacional durch die in der Via Campesina organisierten Kleinbauernbewegungen erhielt die Behörde zwar in zähen Verhandlungen ein Zusatzbudget, doch ermöglicht dies nur die zusätzliche Ansiedlung von 4.435 Familien. Bei diesem Tempo würde die Ansiedlung der heute in Landbesetzungen lebenden Familien noch 18 Jahre dauern! Zudem hat die Regierung die Agrarreform weiter verzögert: die ersten Enteignungsdekrete der Präsidentin erfolgten erst zum Jahresende 2011, 12 Monate nach ihrem Amtsantritt – ein verlorenes Jahr für die Agrarreform. Und die Gegenseite von Agrarkapital und Großgrundbesitzern, die bancada ruralista, wird immer dreister, sie fordert nun eine Änderung des verfassungsmäßig verankerten Bodenstatutes von 1960: die Möglichkeit einer Landenteignung aus sozialen Gründen soll gestrichen werden.

Die Landlosenbewegung MST ist weiterhin die wichtigste Organisation für die Landlosen, über sie sind derzeit 60.000 Landbesetzerfamilien organisiert, doch wurden nur 1.651 dieser Familien durch die INCRA begünstigt und bekamen ihre Besitztitel. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass der MST als politische Bewegung weiter gewachsen und seine Kritik unerwünscht ist. Denn der Grundgedanke der „Neuen Agrarreform“ geht über eine Bodenbesitzverteilung weit hinaus und stellt eine direkte Kritik der brasilianischen Regierungspolitik dar: „Überwindung des neoliberalen Wirtschaftsmodells hin zu einem Modell der internen Einkommensverteilung, der Suffizienz und ökologischem Handeln“.

Hinter diesem Motto steht auch ein ausdifferenziertes Programm für die Umsetzung der Agrarreform, das kohärent soziale, ökologische, ökonomische, pädagogisch, politische und kapitalismuskritische Aspekte verbindet:

- Demokratisierung des Landes (Flächenbegrenzung für Latifundien, Rodungsstopp)
- Reorganisation der Produktion:
- Zugang zu Schule und Erziehung



Begeisterung für die Fußball WM - nicht für alle

Aus einem Interview mit Thiago Hoshino aus www.kooperation-brasilien.org

Thiago Hoshino ist Anwalt der NGO Terra dos Direitos und Mitglied des Comitê Popular da Copa 2014 in Curitiba. In einem Gespräch legt er die Probleme dar, der sich große Teile der Bevölkerung Brasiliens bezüglich der Fußball WM ausgesetzt sehen und wie sich die Menschen dagegen wehren.

„Brasiliens Stadtverwaltungen wollen die sportlichen Großereignisse für großangelegte städtische Umstrukturierungen ausnutzen. Die Mitglieder des „Comitê Popular da Copa 2014“ versuchen nun, die Gesellschaft zu aktivieren, um das zu verhindern. Es sind Vereinigungen von Aktivist/innen, zu denen soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisation ebenso zählen wie Gewerkschaften und von der WM 2014 und den Olympischen Spielen 2016 betroffene „Comunidades“. Es ist eine lange Liste von Gesetzen, Dekreten, Erlassen oder auch provisorischer Maßnahmen, die auf kommunaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene verabschiedet wurden. Dadurch wird unter anderem nicht nur der FIFA und den WM-Sponsoren Steuerfreiheit gewährt, sondern auch jenen sieben großen brasilianischen Bauunternehmen, welche die öffentlichen Ausschreibungen gewonnen haben.“

„Unter anderem existiert die Einrichtung **so genannter Ausschlusszonen**: Innerhalb eines Radius von zwei Kilometern um die WM-Stadien dürfen nur Partner und Sponsoren der FIFA ihre Dienste anbieten und Waren verkaufen. Dabei gibt es in Brasilien rund um die Stadien traditionellerweise viele Straßenhändler. Ihnen wird durch das Gesetz nun ihre Tätigkeit während der WM untersagt. Unserer Auffassung nach verstößt das gegen die in der Verfassung Brasiliens festgelegten Rechte auf Arbeit und Bewegungsfreiheit“.

„Es gibt viele Beschwerden über **prekäre Beschäftigungsverhältnisse** bei den durchgeführten Bauarbeiten: den Stadienum- und -neubauten, dem Ausbau der Flughäfen und der Verkehrswege. Viele dieser Maßnahmen kommen zudem nicht der Verbesserung der Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen zugute, sondern allein der touristischen Infrastruktur; zum Beispiel wenn die Transportwege zwischen Flughäfen und Stadien ausgebaut werden.“

„Vom Standpunkt der Menschenrechte her sind die **zahlreichen Zwangsräumungen** der vielleicht schwerwiegendste Eingriff – nach unseren Schätzungen werden davon mindestens 170.000 Menschen im ganzen Land betroffen sein. Häufig erhalten die Betroffenen gar keine oder viel zu niedrige Entschädigungen. Oder sie werden aus der Innenstadt an den Stadtrand umgesiedelt, an Orte

mit schlechter Infrastruktur und Verkehrsanbindung. Es ist ein prinzipielles Problem, dass die Meisten weder Informationen darüber erhalten, was mit ihnen geschehen soll, noch welche Rechte sie haben.“

„Brasilien ist ein Land, in dem die Durchsetzung eines jeden sozialen Menschenrechts nur durch **großen öffentlichen Druck** zustande kommt. Auch bezüglich der WM gibt es schon erste Erfolge – allein, dass international über unsere Kritik berichtet wird, ist ein Fortschritt für ein Land, dessen Regierende nichts Negatives hören wollen. Meine Hoffnung ist, dass sich mit dem Druck durch Basisbewegungen von unten und der Unterstützung aus dem Ausland einiges zum Besseren wendet. So hat der UN-Menschenrechtsrat UNHRC zum Beispiel im Vorjahr Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den WM-Vorbereitungen angeprangert und daraus Empfehlungen für die brasilianische Regierung abgeleitet“.

(siehe auch Artikel „Reiseeindrücke“ über Belo Horizonte)

Mitglieder der Basiskomitees zur WM in Brasilien und des bundesweiten Zusammenschlusses der Brasiliensolidarität übergaben am Freitag, dem 7.12., einen Offenen Brief an Brasiliens Ex-Präsidenten, Luiz Inácio Lula da Silva, anlässlich dessen Besuchs in Berlin. In dem Brief brachten sie ihre Besorgnisse in Bezug auf die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die Fußball-WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016 in Brasilien zum Ausdruck.



Das Neueste: Panzer für die Fußball WM

Brasilien will für die Fußball WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016 insgesamt 37 deutsche Panzer aus Altbeständen der Bundeswehr kaufen. Es handelt sich dabei um sogenannte Flugabwehrkanonenpanzer vom Typ „Gepard 1A2“, für die die Bundeswehr keine Verwendung mehr hat. Nach brasilianischen Medienberichten beläuft sich der Gesamtpreis auf 30 Millionen Euro. Auch der Papst soll bei seiner Teilnahme am Weltjugendtag im Juli gegen Angriffe aus der Luft durch diese Panzer geschützt werden. *Aus der TAZ, 12.April*

Reiseindrücke

Maria W.: Nach 18 Jahren wieder in Brasilien

18 Jahre nach meiner letzten Reise durch Brasilien merkte ich wohl, dass die Wirtschaft gewachsen war. Die Städte waren mächtig angewachsen mit sehr vielen Immobilien in Hochhäusern und als Eigentumswohnungen. Man sah auch mehr Autoverkehr in den Städten, die Autos waren im Durchschnitt Neuwagen. Es gab sehr viel Supermärkte mit sehr vielen Exportwaren in den Auslagen, aber wie ich merkte, waren die Löhne der Menschen nicht so hoch, dass sie alles bar zahlen könnten. So müssen sie Kredite aufnehmen, und man kann in Brasilien alles auf Kredit kaufen: Schuhe, Elektrogeräte, Autos, Wohnungen, man kann sich sozusagen alle Wünsche erfüllen. Die Kreditkosten beispielsweise für ein Auto belaufen sich in Brasilien auf 100%. Daher wird die Rückzahlung der Kredite jedoch mit der Zeit immer schwieriger. So fiel mir auf, dass die Frauen in fast jeder Garage oder in kleinen Zimmern und Gemeinschaftsräumen von morgens bis spät in die Nacht nähen und von den Textilfirmen immer mehr ausgenutzt werden, sie müssen etwa 180 Jacken in der Woche nähen und bekommen pro Jacke 3 Real (1,16 Euro) bezahlt. Andere Frauen nähen Bettwäsche, Tischdecken

und andere Textilien, und wenn sie nicht nachkommen, werden sie unter Druck gesetzt, dass sie die Arbeiten abgeben müssen.



Und so müssen die Kinder noch mithelfen in der Küche und auf den Feldern und den ganzen Haushalt machen. Da ja die Männer auch arbeiten, sah ich die ganze Last auf den Rücken der Frauen und Kinder. Die Menschen waren trotzdem sehr gastfreundlich und ich hatte schöne Zeit in Brasilien.

Nivia A.: Lange Schatten über dem „Schönen Horizont“ Wie die WM eine Stadt verändert

Nach neun Jahren Aufenthalt in Deutschland besuchte ich im Dezember 2012 meine Heimatstadt Belo Horizonte, wo bereits ein Stadion für die WM umgebaut wird. Entsetzt musste ich feststellen, dass sich der Ort vollkommen verändert hatte. Grün- und Sportanlagen wurden durch Hochhäuser, Shopping-Center, breite Straßen und betonierete Parkplätze ersetzt. Verkehr und damit Umweltbelastung nehmen gefährlich zu. Es ist erschreckend!

Breite Straßen werden gebaut, aber der Nahverkehr vernachlässigt. Der Autoverkehr nimmt in einem Maße zu, dass Staus an der Tagesordnung sind. Verkehrsdichte und Abgase werden zur Plage. Die Bevölkerung bekommt nur die Nachteile zu spüren. Häuser und Grundstücke ärmerer Bevölkerungsschichten mussten weichen.

Der Pampulha-See, ehemals eine beschauliche, touristische Attraktion, wird zugebaut, besonders im Zusammenhang mit der anstehenden Fußball-Weltmeisterschaft. Zu diesem Zweck wurden die Gesetze geändert, die bisher eine Bebauung ausschlossen.

Um das Stadion herum wurde alles verändert. Hier befanden sich früher bepflanzte Anlagen in denen Kinder Drachen steigen ließen und Roller, Fahrrad-, Inlineskater fuhren. Wegen der WM wurde das Stadion vergrößert, alle Grünanlagen verschwanden, Bäume wurden gefällt, es entstanden betonierete und mit Zäunen abgeriegelte Parkplätze. Riesige Fußgängerbrücken die nur für das Stadion benutzt werden, verunstalten die Gegend. Nur Zement, Trostlosigkeit und Kargheit, wo sehr viel Natur war. Erholung und Schatten spendende Bereiche

wurden vernichtet. Nach der WM wird dieses Stadion sicherlich kaum genutzt und die Unterhaltskosten werden riesige Mengen an dringend benötigten Steuermitteln auffressen.

Auch die Situation einheimischer Taxifahrer hat sich verschlechtert. Wegen der Verkehrsdichte bevorzugt einer von ihnen nur noch Nachtfahrten, obwohl er dabei bereits achtmal überfallen wurde, teilweise sehr brutal. Anders hätte er keine Möglichkeit, seine Familie zu ernähren, betonte er. Tagsüber ist einfach kein Fortkommen mehr. Wo früher die Fahrt zwanzig Minuten dauerte, braucht man heute mehr als eine Stunde. Ein zweiter Taxifahrer erzählte, dass er auch tagsüber schon mehrfach überfallen wurde. Die Kriminalität nimmt stetig zu. Ein dritter, 52 jähriger Taxifahrer berichtete, dass er zur WM sein Taxi vermieten wird, da er nicht damit rechnet, erheblich mehr zu verdienen, die Belastung aber extrem zunimmt. Er erklärte, dass er trotz bestehender Wahlpflicht schon lange nicht mehr zur Wahl geht. Die Politiker würden sich nicht um die Sorgen der Bevölkerung kümmern und sich eher für die einflussreichen Busunternehmer der Schnellbusse einsetzen.

Der Nahverkehr, der für die einfache Bevölkerung wichtig ist, ist unorganisiert, es gibt keine regelmäßigen und verlässlichen Fahrtzeiten, Busse sind unkomfortabel und nicht verkehrssicher, obwohl auch hier private Unternehmer sehr viel Geld verdienen.

Belo Horizonte ist nicht mehr die Stadt, die ich kannte, und die Vorbereitungen zur Fußball WM sind für die Stadtentwicklung nicht hilfreich. Der ehemals "schönen Horizont" verwandelt sich weiter in eine unökologische und somit inhumane Betonwüste.

Welt Sozial Forum geht weiter

„Würde“ war der Titel.



Vom 26. bis 30. März fand das diesjährige Welt Sozial Forum statt. Die Organisatoren hatten sich für Tunesien entschieden. Eine so weltweit wichtige Bewegung konnte nicht an den Aufbrüchen vorbeigehen, die seit zwei Jahren das Gesicht der nordafrikanischen Länder verändern. Einerseits konnte der Schwung genutzt werden, gleichzeitig musste man sich aber auch mit den enormen Schwierigkeiten auseinandersetzen, auf die die Erneuerungsversuche stoßen. „Was mich am meisten beeindruckt hat, war die massive Teilnahme von Tunesiern, vor allem der Jugendlichen“ So Chico Whitacker, einer der Gründer des WSF. Insgesamt beteiligten sich 30 000 Menschen an dem Ereignis.

Aus Brasilien war eine beachtliche Zahl von Aktivisten jeglicher Art angereist und brachte sich in die unzähligen Diskussionen ein. Die Delegation der CUT hatte ein eigenes Positions-papier zur Zukunft des Forums mitgebracht: Dieses soll ein Ort des Austauschs bleiben. Aber es müssen auch Formen gemeinsamer Aktionen gefunden werden.



Freiheit für Palästina war der Tenor der Schlußkundgebung.

Aus der Abschluss-
erklärung
der Sozialen
Bewegungen



Auch deutsche Lehrer und Lehrerinnen waren dabei!

„Wir bekräftigen, dass die Menschen nicht weiter für die systemische Krise zahlen dürfen. Es gibt keine Lösung innerhalb des kapitalistischen Systems.“

Wir kämpfen: Gegen transnationale Konzerne u. das Finanzsystem (IWF, Weltbank und WTO). Für Klimagerechtigkeit u. Ernährungssouveränität. Gegen Gewalt gegen Frauen. Für Frieden u. gegen Krieg, Besetzungen u. die Militarisierung der Länder. Für die Demokratisierung der Massenmedien u. den Aufbau alternativer Medien.